PRESSEMITTEILUNG

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein FDP

13.11.2026 | Hochschule

Christopher Vogt zu TOP 33 "Hochschulentwicklung am tatsächlichen Flächenbedarf ausrichten"

In seiner Rede zu TOP 33 (Hochschulentwicklung am tatsächlichen Flächenbedarf ausrichten – widersprüchliche Einsparvorgaben beenden) erklärt der Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Ich danke der SPD-Fraktion für ihren Antrag! Wir werden diesem Antrag zustimmen und den nichtssagenden Koalitionsantrag ablehnen. Unsere Hochschulen brauchen eine Flächenplanung, die sich an ihren tatsächlichen Bedarfen orientiert. Was auch sonst!? Die pauschalen Einsparvorgaben der Landesregierung sind unrealistisch und unsinnig.

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage meines Fraktionskollegen Dr. Bernd Buchholz, auf die sich ja auch die SPD-Fraktion in ihrer Antragsbegründung bezieht, zeigt, worum es geht: Die Landesregierung will, dass unsere Hochschulen bis zum Jahr 2030 – und das ist ja nicht mehr lange hin – 20 Prozent der Büroflächen und zehn Prozent der beheizten Nettoraumflächen einsparen. Bis zum Jahr 2040 sollen sogar 20 Prozent der beheizten Nettoraumflächen entfallen.

Unserer Ansicht nach darf es aber nicht dazu kommen, dass eine mehr oder weniger willkürlich gesetzte Einsparquote eine fachliche Prüfung des tatsächlichen Raumbedarfs ersetzt. Das ist ideologisch motivierter Unsinn, den CDU und Grüne hier machen! Denn in der Antwort der Landesregierung auf die eben genannte Kleine Anfrage räumt sie ja selbst ein, dass Forschung und Lehre wegen ihrer besonderen Raumanforderungen differenziert betrachtet werden müssten. Warum machen Sie das denn nicht!?

Die Landesregierung erklärt auch, dass die Hochschulen selbst ein Interesse an effizient genutzten Büroflächen haben, also ja sozusagen schon selbst dafür sorgen, dass nur das genutzt wird, was auch tatsächlich gebraucht wird. Und die Landesregierung hat in Wahrheit

auch selbst den Sinn einer tatsächlichen Flächenbedarfsermittlung erkannt: In ihrem Infrastrukturbericht bezeichnet die Landesregierung die Flächenbedarfsberechnungen des HIS-Instituts als Möglichkeit, die Bedarfe transparent und vergleichbar zu ermitteln. Wozu werden diese Bedarfe dann untersucht, wenn anschließend unabhängig vom Ergebnis eine pauschale Flächeneinsparung vorgegeben wird? Das passt nicht zusammen. Ich möchte nichts mehr erneut sagen zur großen Bedeutung der Hochschulen für die Entwicklung unseres Bundeslandes, die von Schwarz-Grün verkannt wird. Ich sehe es auch mit Sorge, in welcher Form die Hochschulen unter Schwarz-Grün vernachlässigt und ausgebremst werden durch viele unnötige Bürokratie und Detailsteuerungen.

Ich habe kürzlich eine Kleine Anfrage zum Hochschulbau gestellt und will Ihnen mal sagen: Die Lücke zwischen Investitionsbedarf und der geplanten Finanzierung wird immer größer. Mittlerweile stellt die Landesregierung fest, dass rund drei Milliarden Euro in die Hochschulen investiert werden müssten und es bestünde schon jetzt eine Finanzierungslücke von mindestens 500 Millionen Euro. Mit Blick auf Impuls würde ich sagen: Die Finanzierungslücke wird deutlich, deutlich größer werden, wenn ich sehe, wie Sie Impuls geplündert haben. Also insofern ist es eine verpasste Chance gewesen, dass Sie aus dem Sondervermögen – das waren ja immerhin 1,286 Milliarden Euro für Schleswig-Holstein – nur 30 Millionen in den Hochschulbau gesteckt haben. Eine wirklich lächerliche Summe angesichts der Herausforderung, vor der wir bei den Hochschulen und im Hochschulbau stehen.

Und ich finde es auch interessant, Herr Krüger, dass die Landesregierung zwar starre Einsparvorgaben macht, aber selbst nicht einmal den jeweiligen Investitionsbedarf der verschiedenen Hochschulen darstellen kann. Das weiß die Landesregierung nicht. Sie kennt die Gesamtsumme des Investitionsbedarfs an den Hochschulen, aber sie weiß nicht, an welcher Hochschule welcher Investitionsbedarf besteht. Das muss man ja erst mal schaffen. Insofern bin ich erstaunt, was dort alles an Informationen fehlt.

Aus meiner Sicht fehlen bei der GM.SH die Kapazitäten und auch ein Stück weit die Kompetenzen für den anspruchsvollen Hochschulbau. Es gibt verschiedene Projekte im Hochschulbau, die viel teurer werden, die sich verzögern, die jetzt reduziert werden. Ich sage nur Fakultätenblöcke, Leibnizstraße sowie das Audimax in Flensburg. Letzteres ist gerade mal ein Vierteljahrhundert alt und musste schon

umfangreich saniert werden. Deswegen bin ich nach wie vor der Meinung – wir haben den Hochschulgesetzentwurf im Verfahren –, dass die Hochschulen endlich, wenn sie es denn wollen, die Bauherreneigenschaft auch bekommen sollten. Das sollten wir endlich mal machen.

Ich bin der Überzeugung, dafür spricht die Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage, dass unsere Hochschulgebäude nie im Leben bis 2040 klimaneutral werden. Sie schaffen es ja noch nicht mal, auf die Gebäude Photovoltaikanlagen aufzubauen. 15 Jahre grünes Finanzministerium und noch 92 Prozent der Landesgebäude haben keine Photovoltaikanlage. Insofern werden wir dem SPD-Antrag heute zustimmen. Und den nichtssagenden Koalitionsantrag werden wir ablehnen.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Christopher Vogt
Sprecher für Wissenschaft/Hochschule, Energie

Kontakt:
Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488
fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

Folge uns